

Positionspapier des Landesbeirates für Menschen mit Behinderungen (LBB) Thüringen

Forderungen an Politik und Zivilgesellschaft zur Wahrung der UN-BRK und der Rechte von Menschen mit Behinderungen

Angesichts der Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen rufen wir Politik und Zivilgesellschaft auf, gemeinsam für Demokratie, gleichberechtigte Teilhabe und ein solidarisches Miteinander einzutreten.

Wir beobachten mit Sorge zunehmende Tendenzen der Spaltung und Diskriminierung in der politischen aber auch gesellschaftlichen Diskussion. Zusätzlich angeheizt durch unseriöse mediale Berichterstattung oder soziale Medien.

Wir sind das Land der Dichter und Denker. Ob Goethe, Luther, Bach, Kindergarten, Bauhaus oder Zeiss – wir blicken auf ein riesiges Erbe zurück. Ein Vermächtnis, das nur dank Offenheit und Toleranz entstehen konnte.

Als Thüringer LBB fordern wir angesichts der bevorstehenden Wahlen eine konsequente Umsetzung und Stärkung der UN-BRK (UN-Behindertenrechtskonvention) sowie eine verstärkte Berücksichtigung der Rechte von Menschen mit Behinderungen in allen politischen Entscheidungsprozessen.

Es ist uns daher wichtig, in einem gemeinsamen Positionspapier der Vertreterinnen und Vertreter des LBB für Thüringen auf die menschenrechtlichen Aspekte in Politik- und Verwaltungshandeln hinzuweisen, die vor dem Hintergrund der Wahlen zu berücksichtigen sind:

1. Inklusive Politikgestaltung: Wir fordern die Politik auf, Menschen mit Behinderungen aktiv in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen und sicherzustellen, dass ihre Stimmen gehört werden. Dies umfasst die Bereitstellung von barrierefreien Informationen und die Schaffung von Zugangsmöglichkeiten zu politischen Veranstaltungen und Diskussionen.
2. Barrierefreie Infrastruktur: Die Politik soll sich verpflichten, eine barrierefreie Infrastruktur aufzubauen und zu erhalten, um die volle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten. Dies umfasst den barrierefreien Zugang zu Bildungseinrichtungen, Arbeitsplätzen, Gesundheitsdiensten, öffentlichen Verkehrsmitteln und anderen öffentlichen Einrichtungen.
3. Inklusive Bildung: Wir fordern die Politik auf, das Recht auf inklusive Bildung für alle Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten. Dies bedeutet die Schaffung von

Rahmenbedingungen, die es Menschen mit Behinderungen ermöglichen, am regulären Bildungssystem teilzunehmen und individuelle Unterstützung und Anpassungen zu erhalten.

4. Schutz vor Diskriminierung und Gewalt: Es ist entscheidend, dass die Politik Maßnahmen ergreift, um Menschen mit Behinderungen vor Diskriminierung, Misshandlung und Ausbeutung zu schützen. Dies erfordert die Stärkung bestehender Gesetze und die effektive Durchsetzung von Anti-Diskriminierungsmaßnahmen in allen Lebensbereichen.
5. Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten: Die Politik soll Programme und Anreize schaffen, um Menschen mit Behinderungen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern und angemessene Unterstützung für die berufliche Integration und Weiterbildung anzubieten.
6. Aufklärung und Bewusstseinsbildung: Wir fordern eine verstärkte Aufklärungskampagne in der Zivilgesellschaft, um das Bewusstsein für die Rechte und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen zu schärfen und Vorurteile abzubauen.

Es ist für uns als LBB Thüringen bedeutsam, dass die bevorstehenden Wahlen genutzt werden, um den Schutz und die Förderung der Rechte für Menschen mit Behinderungen auf die politische Agenda zu setzen und konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der UN-BRK zu ergreifen. Wir rufen daher Politik und Zivilgesellschaft dazu auf, sich gemeinsam für eine inklusive und gerechte Gesellschaft einzusetzen, in der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können.

Der LBB Thüringen



Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen in Thüringen (AGSV)